



Berlin, 28. Oktober 2009

Friedrichstraße 169/170
D-10117 Berlin

Verantwortlich
Sandra Hennig

Telefon 030.4081-5510
Telefax 030.4081-5599
post@dbbj.de
www.dbbj.de

dbb jugend gegen Einführung des Betreuungsgeldes

Hennig: „Geld muss bei Kindern ankommen“

Auf Ablehnung stoßen bei der dbb jugend die Pläne der schwarz-gelben Bundesregierung, ab 2013 ein Betreuungsgeld in Höhe von 150 Euro monatlich für Eltern einzuführen, die ihre Kinder bis zu drei Jahren zu Hause betreuen. „Wir haben ernste Zweifel daran, dass das Betreuungsgeld tatsächlich für mehr Förderung und bessere Bildung der Kinder sorgen wird“, sagte die dbb jugend-Vorsitzende Sandra Hennig: „Die Erfahrung lehrt uns leider, dass derlei Bargeldalimentationen nur selten bei den Kindern selbst ankommen, sondern einfach in den laufenden Familienetat einfließen.“ Familienarbeit sei wichtig und müsse in jeder Hinsicht unterstützt werden, betonte Hennig. Allerdings sei die Gefahr für Fehlentwicklungen durch das geplante Betreuungsgeld viel zu groß als dass dieses hierfür geeignet sein könnte. „In Zeiten massiver Integrationsrückstände müssen Kinder ebenso wie Eltern raus in die Gesellschaft, und dürfen gerade nicht die Tür vor ihr verschließen, wozu das Betreuungsgeld sie geradezu animieren würde.“

Auch mit Blick auf arbeitsmarkt- und gleichstellungspolitische Entwicklungen sei das Betreuungsgeld kritisch zu bewerten, so Hennig. „Anstatt endlich bessere Rahmenbedingungen für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf in Form von mehr und bezahlbaren Betreuungsmöglichkeiten zu schaffen und damit wichtige Impulse auf dem Arbeitsmarkt zu setzen, will Schwarz-Gelb jetzt offenbar längst überwunden geglaubte Zustände zementieren und dafür auch noch eine Menge Geld zum Fenster rauswerfen.“ Die Millionen Euro wären besser in den Ausbau von Kinderkrippen- und Kindergärtenplätzen investiert, so Hennig, dieses Ziel finde sich allerdings nicht im Koalitionsvertrag. „Diese Politik wird weder zu einer Trendwende in der Bevölkerungsentwicklung noch auf dem Arbeitsmarkt führen und ist schon gar nicht Schritt in Richtung mehr Gleichberechtigung zwischen den Geschlechtern“, kritisierte die dbb jugend-Vorsitzende.

pressediens